Unter der Diktatur des Amtshauptmanns

Erhebung von 150 Prozent Bürgersteuer und 100 Prozent Getränkesteuer

(Arbeiterkorrespondenz 1160)

Niederoderwitz. Bereits in der letzten Sitzung wurde eine Erhöhung der Bürger- und Getränkesteuer einstimmig abgelehnt und nun sollte noch einmal dazu Stellung genommen werden. Die SPD hatte sich die Sache leicht gemacht, um nach außenhin zu buhlen, seht her, wir sind tüchtige Parlamentarier und machen es den Nazis nach, wir gehen nicht in die Sitzung und wenn sie uns diktiert wird, dann können wir nichts dafür. Sie verschweigen es aber den Massen, daß es ihrer Politik im Reichstag zuzuschreiben ist, daß der Brüning-Regierung das Recht gegeben worden ist, mit Hilfe der Notverordnung diese Massensteuern einzutreiben. Die kommunistische Fraktion machte aber dieses Spiel nicht mit und stellte sie vor die Frage, einmal Farbe zu bekennen, indem sie folgenden Antrag einreichte: „1. Schärfsten Protest beim Bezirk der Landes- und Reichsregierung gegen diese neuen massenbelastenden Steuern, welche gerade die ärmsten Schichten wieder betreffen, zu erheben; 2. den Gemeinderat anzuweisen, daß diese Steuer nicht erhoben wird in der Gemeinde und diesen Beschluß den betreffenden Instanzen mitzuteilen." Gegen den ersten Absatz hatte der Bürgermeister und auch die Bürgerlichen nichts einzuwenden, aber der zweite Absatz sei gesetzwidrig und er warnte vor dessen Annahme. Unsere Genossen, die diesen Antrag begründeten, ließen sich natürlich nicht einschüchtern und sagten es den Bürgerlichen, daß es nur eine Heuchelei gegen ihre Wähler sei, wenn es ihnen ernst sei, und sie mit dem Steuersystem nicht einverstanden seien, so sie dem kommunistischen Antrag nur zustimmen brauchten. Aber weit gefehlt, sie machten den Zurückzieher und lehnten den Antrag ab. Genau so hätte auch die SPD verfahren wie die Bürgerlichen, denn sie stehen zu diesem kapitalistischen Staat und deshalb müssen sie ihm auch die Mittel bewilligen, welche sie zur Erhaltung ihres Machtapparates brauchen. Diese kurze Sitzung hat abermals gezeigt, daß es heute keinen anderen Ausweg mehr gibt als mit der Kommunistischen Partei zu kämpfen zur Beseitigung dieses Systems, dann werden wir diktieren, wer die Steuern bezahlt.

Deshalb Arbeiter, Kleinbauern und Gewerbetreibende, besinnt euch auf euer Los, lauft nicht mehr diesen Vertretern, die sich vor den Sitzungen drücken oder bloß zum Scheine gegen diese Steuer stimmen, nach, sondern den Kampf allein führt nur die **Kommunistische Partei, deshalb stärkt ihre Reihen und lest deren Organ, die Arbeiterstimme!**

Wochenendschulen für Funktionäre

Die von der BL. angesetzten Wochendschulen mit dem Thema „Weltwirtschaftskrise und Ergebnisse des 11. Ekki-Plenums" finden in nachstehenden Instruktorgebieten am 6. und 7. Juni statt: Bautzen, Bischofswerda, Zittau, Ebersbach.

In den Instruktorgebieten Dresden, Sebnitz, Pirna, Dippoldiswalde, Kamenz, Meißen und Freiberg müssen sie am 20. und 21. Juni durchgeführt werden.

Alle Funktionäre der betr. Instruktorgebiete sind verpflichtet, unbedingt an diesen wichtigen Kursen teilzunehmen.

BL. Sachsen, Agitprop-Abtlg.

SPD-Politik reißt Erwerbslosen den letzten Rock vom Leibe

(Arbeiterkorrespondenz Nr. 1140)

Weigsdorf-Köblitz. Die letzte Gemeindeverordnetensitzung beschäftigte sich mit der Pflichtarbeit. Diese wurde auch angenommen, und zwar sollen ledige Wohlfahrtserwerbslose zwei Tage und verheiratete einen Tag in der Woche arbeiten. Es ist ein Skandal, daß ein Gemeindeverordnetenkollegium, das in seiner Mehrheit aus Sozialdemokraten zusammengesetzt ist, die Pflichtarbeit einführt. Das ist der beste Beweis, daß die SPD keine Arbeiterpartei mehr ist, da derartige Beschlüsse arbeiterfeindlich sind. Jugendliche Erwerbslose, die ganze 7 Mark Unterstützung erhalten, sollen 2 Tage arbeiten, um so ihre letzten Klamotten, die sie auf dem Leibe haben, im Dienste der kapitalistischen Gesellschaft noch zu opfern. Das ist so richtige sozialdemokratische Politik, wie sie ein Wels und Severing vorschreiben, um die Republik zu erhalten. Den Arbeitern von Weigsdorf-Köblitz sei gesagt: Erkennt die falsche Politik der SPD. Tretet ein in die Kommunistische Partei und zeigt, daß ihr nicht mehr gewillt seid, alles zu dulden. Organisiert den Kampf gegen die Pflichtarbeit, die die Existenz der Arbeiter untergräbt!

Preisend mit viel schönen Reden!

Die SPD-Ortsgruppe Zittau hielt am 20. d. M. eine Mitgliederversammlung ab, in der der Referent Dr. Maaß, Bautzen, u. a. ausführte: „Wir sehen, daß die kapitalistische Wirtschaft nicht in der Lage ist, der Menschheit Arbeit und Brot zu gewährleisten. Als Sozialisten wissen wir, daß eine Aenderung der kapitalistischen Wirtschaftsform auf dem Wege der Entwicklung oder des gewaltsamen Umsturzes gegeben ist — wenn man dazu gezwungen wird."

Mit derartigen theoretischen Erörterungen, Herr Dr. Maaß, ist nichts getan! Wer eine Regierung „toleriert", die diese kapitalistische Wirtschaftspolitik treibt, verdient keinen Glauben, wenn er einen Kampf gegen diese Wirtschaft vorspiegelt. Sozialdemokratische Arbeiter, laßt euch nicht durch diesen Schwindel einseifen! Reiht euch ein in die rote Einheitsfront, führt mit der KPD einen wirklichen Kampf um die Errichtung eines sozialistischen Deutschlands!

Die Werktätigen sollen bluten

(Arbeiterkorrespondenz 1118)

Reichenau. Beschleunigte Ausbeutung aller Werktätigen, Erwerbslosen und Invaliden war wohl die Veranlassung, eher denn sonst, auf Drängen der Amtshauptmannschaft, eine öffentliche Gemeindeverordnetensitzung einzuberufen. Der zur Tagesordnung stehende Punkt: Erhebung eines Zuschlages von 150 Prozent zur Bürgersteuer sowie 100 Prozent zur Biersteuer, zeigte, daß die „Selbstbestimmung" der Gemeinden nur auf dem Papier steht, andernfalls, „folgst du nicht willig", von „oben" diktiert und die Steuern durch Zwangsmaßnahmen eingezogen werden! Gewiß, eine Erlösung für die bürgerlichen und sozialdemokratischen Gemeindevertreter, die mit ihrer Scheinopposition jetzt zugeben müssen, den Bankrott ihres Systems, dem sie selbst zugestimmt haben, aber gar nicht daran denken, um ihrer Posten willen eine Aenderung herbeizuführen. Gemeindeverordneter Böhmer zeigte den bitteren Ernst der Lage auf, wo man dazu übergeht, schon noch dort zu nehmen, wo bald nichts mehr ist, und macht die bürgerlichen und sozialdemokratischen Vertreter verantwortlich für das heutige Elend durch ihre Zustimmung zur Notverordnung und Diktaturmaßnahmen Brünings. Hatten die Bürgerlichen nicht mehr den Mut, gegen Genossen Böhmer seine Ausführungen aufzukommen, so mußte ausgerechnet Gemeindeältester Häßler, SPD, als Arbeiter„vertreter" für seine „republikanische Reichsregierung" einspringen, indem er die Schuld abzuwälzen versuchte auf die Landesregierungen. Nun, auch dort sitzen die SPD-Vertreter, die sämtliche Mißtrauensanträge oder Anträge der notleidenden Bevölkerung, die die kommunistischen Vertreter stellen, ablehnen. Mit dem Zusatzantrag der kommunistischen Fraktion, Beseitigung der Bürgersteuer sowie aller die Werktätigen belastenden Steuern, wurde eine Erhöhung abgelehnt. Betreffend Verteilung der Mittel für Wohnungsbauzwecke geht hervor, daß die Gemeinde aus dem Ertrag der Mietzinssteuer 63 000 Mark erhält und 57 000 Mark an Land und Reich abzutreten hat, wo noch ein großer Teil für Verwaltungskosten, anstatt für Wohnungsbau Verwendung findet. Einem Gesuch des Lehrers Kroschwald betreffend Beihilfen zur Ferienwanderung wurde, nachdem die Ueberweisung der Mittel vom vorigen Jahre abgelehnt worden waren, auf Antrag des Gemeindeverordneten Böhmer je 100 Mark für Lehrer und Kinder zu bewilligen, mit 10 gegen 9 (Bürgerliche), die aus „Christenliebe" dagegen stimmten, entsprochen, dagegen aber abgelehnt das Gesuch der hiesigen Ortsgruppe des Arbeiter-Radfahrer-Bundes betreffend Steuererlaß für den seinerzeit hier aufgeführten Film vom Bundesfest. Daß nun hierbei die Vertreter der rechten Seite eine ablehnende Stellung einnahmen, ist wohl kaum verwunderlich, **aber daß drei SPD-Gemeindeverordnete, also in diesem Falle die Antragsteller selbst,** einschließlich des Vorsitzenden der hiesigen Ortsgruppe **(Franz)** bei der Abstimmung Stimmenthaltung (!!) übten, ist ein deutliches Zeichen, daß die verschiedenen SPD-Vertreter nicht in der Lage sind, die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Hoffentlich zieht die Mitgliedschaft in einer Zahl von 360 hieraus ihre Konsequenzen!

Ein Gesuch des Ortskartells betreffend Herabsetzung des Badepreises für Erwerbslose und Ausgesteuerte wurde dem Bau- und Wirtschaftsausschuß überwiesen. Einer Kritik unterzogen wurde weiter von Gemeindeverordneten Müller und Klemmt das Verhalten einiger Rittergutspächter der näheren Umgebung in bezug Einstellung ausländischer (polnischer) Arbeitskräfte, welche wohl als „Treudeutsche" in Anbetracht der großen Erwerbslosigkeit als ihre Pflicht erachten müßten, hiesige Arbeiter einzustellen. Alles in allem für die Arbeiterschaft ein Beweis, wer ihre Interessen vertritt und einzutreten in die KPD!

Werktätige Sachsens! Unterstützt „Zeltlager für Arbeiterkinder"

Die Krise wirkt sich verheerend auf die Gesundheit der Kinder der werktätigen Bevölkerung aus. Selbst bürgerliche Professoren und Aerzte müssen zugeben, daß der Gesundheitszustand der Arbeiterkinder ebenso schlecht ist wie während der Kriegsjahre. In allen Gemeinden werden rücksichtslos die Ausgaben für Schulen und Erholungsfürsorge gedrosselt. Die Landesregierung hat ebenfalls erhebliche Abstriche bei den Ausgaben für die soziale Fürsorge vorgenommen. Gegen diesen Zustand muß die gesamte werktätige Bevölkerung im Interesse unserer Kinder den Kampf führen. Kampf gegen ein System, das unfähig ist, unsere Kinder ausreichend zu bekleiden und zu ernähren.

Kampf der Gesellschaft, die, statt Kinderspeisung, Panzerkreuzer baut und die Schule der Kirche ausliefern will. Wir fordern für die Kinder der Werktätigen ausreichende Ernährung, Kleidung und Wohnung, Licht und Sonne. Untengenannter Ausschuß führt während der großen Schulferien

4 Zeltlager für Arbeiterkinder

in Sachsen durch. Der Zweck dieser Lager ist auch den Kindern der Arbeiter Erholung und Kräftigung zu bieten. Der Gemeinschaftsgedanke und das Zusammengehörigkeitsgefühl sollen gepflegt werden. Die Kinder der Reichen tummeln sich an der See und in sonstigen Sommerfrischen. Die Arbeiterkinder sollen zu Hause bleiben und weiter hungern und darben. Durch die Solidarität der gesamten Arbeiterschaft, der Geschäftsleute und Kleinbauern werden die Ferienlager finanziert. Darum führt Sammlungen in den Betrieben durch. Geschäftsleute, Kleinbauern, spendet Lebensmittel zur Unterstützung der Zeltlager. Arbeitereltern, schickt eure Kinder in die Ferienlager, meldet die Teilnahme bei den Ortsgruppen-Funktionären der IAH an. Lebensmittel und Geldsammlungen sind an die Ortsgruppenleitungen der IAH und an den Ausschuß der Zeltlager für Arbeiterkinder, Dresden-A., Am Poppitz 18 (IAH-Büro), zu senden.

Ausschuß der „Zeltlager für Arbeiterkinder".

Karl Einhorn in Gellerts Spuren

(Arbeiterkorrespondenz Nr. 1146)

Cunewalde. Wir glauben, die Frage „Wer spaltet den Arbeitersport"? taucht gar oft bei den Arbeitern auf. Natürlich, die SPD ist es „nicht", sondern es ist „nur die verdammte KPD". Aber es gibt keinen besseren Beweis, daß es die Sozialdemokraten sind, als nachfolgenden. Der Arbeiter-Kraftsportverein Cunewalde gründete dieses Jahr eine Kindergruppe, die mit über 30 Kindern ins Leben trat. Nun gab es einige Kinder, die auch noch zu den bundestreuen Turnern gingen. Doch die Vereinsleitung der Bundestreuen sah darin einen „Verstoß" gegen ihre Tradition, denn der sich stets als „freier" Turner bezeichnende Karl tion; denn der sich stets als „freier" Turner bezeichnende Karl vornehmen. Er tat es mit den Worten:

„Wir haben die Großen rausgeschmissen, da gibt es auch bei den Kindern nichts anderes!"

Besser konnte er sich als getreuer Fridolin von Gellert nicht entlarven. Karl ist immer sehr „radikal", hat auch seine 20jährige Mitgliedschaft bei der SPD aufgegeben weil er sich angeblich schämen mußte, Sozialdemokrat zu sein. Hätte er wirklich die Arbeiterfeindlichkeit der SPD erkannt, so sollte er auch einmal die Sportpolitik eines Gellert richtig betrachten, dann würde er auch auf das stoßen, auf was er bei der SPD gestoßen ist. Keinem Menschen wird es mehr geben, der der KPD die Schuld der Spaltung zuschieben kann, denn der beste Beweis ist es, wenn schon gegen die Kinder die Ausschlußwut tobt. Wir sagen: Weiter so, dann wird recht bald die Arbeiterklasse erkennen, daß es nur eine Einheit der Arbeiterklasse geben kann unter der Fahne der revolutionären Kampfgemeinschaft. Ein Jahr nach dem Ausschluß von Arbeitersportlern haben wir zu verzeichnen: über 100 Mitglieder, 36 Frauen und 34 Kinder. Ein guter Vormarsch der roten Sporteinheit. Die Opposition marschiert gewaltig auch in Cunewalde, trotz Haß und Hohn! Hinein in die rote Sporteinheit!

UB-Delegiertenkonferenz

Sonntag den 7. Juni, 9 Uhr, im Keglerheim, Dresden, Friedrichstraße.

Genossen, wenn ihr in den Betriebs-, Straßenzellen oder Ortsgruppen zur UB-Delegiertenkonferenz noch nicht Stellung genommen habt, dann holt das Versäumte sofort nach. Keine Zelle oder Ortsgruppe ohne Delegierten. Meldet sofort die Versammlungen und die Namen der gewählten Delegierten.

Mein Reich ist nicht von dieser Welt

Trotzdem verlang ich euer Geld!

(Arbeiterkorrespondenz 1113)

In Crosta-Adolfshütte läßt die Kirche durch den Gerichtsvollzieher eine Anzahl Erwerbslose und Fürsorgeempfänger wegen der Kirchensteuer pfänden. Der „Diener Gottes" mit seinem Einkommen von etwa 800 Mark im Monat schämt sich nicht, den schon sowieso hungernden Proleten den Hungerriemen noch enger zu schnallen. Aber die Kirche hat von jeher einen guten Magen und robuste Nerven gehabt und je mehr Schlucker sich um sie scharen, desto gesünder wird ihr Appetit und umso länger ihre Fangarme.

Werktätige, dagegen hilft kein Jammern und kein Schimpfen! Erst wenn ihr handelt und aus der Landeskirche austretet und in den proletarischen Freidenkerverband eintretet, erst dann wird die Kirche euch nicht mehr aussaugen und das Brot vom Munde wegnehmen. Deshalb schnellstens heraus aus der Kirche!

Liebe und Meineid

Die 36jährige Gärtnersehefrau Marie Holdsch aus Altstadt bei Ostritz und der 50jährige Schneider Heinrich Hartmann aus Schönbrunn bei Radeberg waren wegen Meineid bzw. Anstiftung dazu angeklagt. Beide hatten sich vor vier Jahren kennen gelernt und waren in intimen Verkehr getreten, von dem der Ehemann der Holdsch Kenntnis gehabt hat. Anfang Oktober ist bei dem Kaufmann Hanzl in Zittau ein schwerer Diebstahl vorgekommen, der dem Hartmann zur Last gelegt wurde. In der betreffenden Gerichtsverhandlung hatte er den Diebstahl abgestritten und sich auf die Holdsch zur Schaffung eines Alibibeweises als Zeugin dafür berufen, daß diese am Diebstahlstage von 12 bis 17 Uhr bei ihm gewesen sei. Auf Grund dieser Aussage ist Hartmann freigesprochen worden. Hinterher hatte sich herausgestellt, daß die Holdsch falsch ausgesagt habe. Sie erklärte nun mehr, daß sie zu der falschen Aussage von Hartmann beeinflußt worden sei, was dieser ableugnete. Die Holdsch wurde zu vier Monaten zwei Wochen und Aberkennung der Ehrenrechte auf zwei Jahre verurteilt und ihr die dauernde Eidesfähigkeit aberkannt. Hartmann dagegen wurde wegen Anstiftung zu zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt.

Erst Feuer, dann Stillegung

Die Bautzner Waggonfabrik hat einen Antrag auf teilweise Stillegung des Betriebes eingereicht. Es sollen vom 8. Juni ab 300 Arbeiter und 50 Angestellte entlassen werden. Die Abteilungen Schmiede, Holzbearbeitung und Bohrerei werden ganz stillgelegt.

Werktätige! Wie lange wollt ihr dieser planmäßigen Aushungerung noch untätig zusehen? Schließt euch zusammen in der KPD, der einzigen Partei des Klassenkampfes, damit die Aufrichtung eines freien sozialistischen Deutschlands möglich ist!

Motorradunfall

In Oderoderwitz wurde am Donnerstag gegen 1,30 Uhr auf der Staatsstraße der Motorradfahrer Walter Bellmann aus Niederoderwitz mit schweren Kopfverletzungen in bewußtlosem Zustand aufgefunden. Bellmann wurde auf Veranlassung des Arbeitersamariters Herzog in das Bezirkskrankenhaus überführt.

Schwerer Einbruch

Bei der Firma Bombach in Rubschütz wurde in der Nacht zum Donnerstag ein schwerer Einbruch verübt. Hierbei wurde nach gewaltsamer Oeffnung des Geldschrankes der gesamte Geldbestand entwendet.

MAGGI's SUPPEN billiger!
1 Würfel nur noch 10 Pfg.